



Presseschau vom 08.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt eine Militäroperation in der Ukraine durch, die Streitkräfte der Donbass-Republiken sind mit Unterstützung der russischen Truppen auf dem Vormarsch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen antirussischen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Die USA suchen nach Öl und stolpern über ihre eigenen Sanktionen

Die USA versuchen, den Folgen ihrer eigenen Sanktionen gegen Russland zu entkommen und suchen neue Lieferanten für Erdöl. Inzwischen gibt es dafür nur noch zwei Kandidaten: Venezuela und Iran. Beide sind von den USA sanktioniert. ...

<https://kurz.rt.com/2ux8> bzw. [hier](#)

de.rt.com: US-Firma Palantir schöpft jetzt mit Bayern in einem dritten Bundesland Sicherheitsdaten ab

Nach Hessen und Nordrhein-Westfalen wollen nun auch bayerische Sicherheitsbehörden mit dem US-Unternehmen Palantir kooperieren. Das Bayerische Landeskriminalamt will künftig ein Analysesystem der deutschen Tochter des umstrittenen US-Datenunternehmens Palantir

nutzen. ...

<https://kurz.rt.com/2uwy> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

wpered.su: Toreser Kommunisten haben Soldaten humanitäre Hilfe übergeben

Vertreter der Kommunistischen Partei, der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“, der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass haben humanitäre Hilfe an Soldaten übergeben. Dies berichtet eine Korrespondent von „Wperjod“. „Wir haben unsere ruhmreichen Soldaten in Jasinowataja besucht. Wir haben ihnen Medikamente, Lebensmittel, warme Kleidung, Schuhe, Socken, Decken und Hygienemittel gebracht. Außerdem wurden den Soldaten Karten, die die Kinder des Kindergartens „Romaschka“ gemalt haben, übergeben“, berichtete die Vertreterin des Stadtkomitees der KP der DVR in Tores Irina Guz.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/03/IMG_20220307_215321-1024x839.jpg

21:02 de.rt.com: Atomverhandlungen in Wien vor Abschluss: Russland fordert von USA Garantien für Handel mit Iran

Der Krieg in der Ukraine wirkt sich offenbar auch auf die Atomverhandlungen mit Iran in Wien aus. Angesichts der aggressiven Sanktionen des Westens gegen Russland fordert Moskau "schriftliche Garantien" der USA, dass die Sanktionen gegen Russland nicht die Umsetzung des neuen Deals mit Iran beeinträchtigen dürfen.

Die Gespräche zur Wiederbelebung des Atomdeals mit Iran stehen kurz vor dem Durchbruch, nachdem Teheran signalisierte, letzten Forderungen vonseiten der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) nachzukommen. Der Generaldirektor der IAEA Rafael Grossi sagte im Samstag in Teheran, dass die IAEA verpflichtet sei, offenen Fragen nachzugehen, bevor die neue Einigung erzielt werden kann.

Bei den offenen Fragen handelt sich um nukleartechnologische Rückstände, welche die IAEA-Inspektoren an zwei Orten in Iran festgestellt hätten, die nicht als Stätten des iranischen Atomprogramms deklariert waren. Die Hinweise auf diese Orte sollen von "westlichen

Geheimdiensten" gekommen sein. Dabei scheint aber klar zu sein, dass es sich dabei um Spuren längst vergangener Aktivitäten handelt, nicht etwa um Anzeichen gegenwärtiger heimlicher Aktivitäten in Iran.

Der gemeinsame Auftritt des IAEA-Direktors Grossi und des iranischen Außenministers Hossein Amir-Abdollahian in Teheran deutete allerdings darauf hin, dass beide Seiten mit dem neuen, künftigen Verfahren einverstanden sind. Der russische Chefunterhändler Michail Uljanow erklärte, dass der Besuch des Generaldirektors der IAEA in Iran erfolgreich war. Beide Seiten einigten sich auf konkrete Schritte, die darauf abzielen, offene Sicherheitsfragen innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu regeln.

Obwohl es bislang so scheint, dass die Wiener Verhandlungen trotz des Ukraine-Krieges unbehelligt weitergehen, ist nun die Ukraine-Krise doch noch zum Gegenstand der Verhandlungen in Wien geworden. Der russische Top-Diplomat Sergei Lawrow sagte am Samstag, die Vereinbarung mit Iran stehe vor dem Abschluss. Allerdings seien "in letzter Zeit Probleme aus der Sicht der Interessen Russlands aufgetreten", fügte er hinzu.

Angesichts der "aggressiven Sanktionen" des Westens gegen Russland fordert Moskau "schriftliche Garantien" der USA, dass diese Sanktionen gegen Russland nicht die Umsetzung des neuen Atomdeals beeinträchtigen dürfen. Es gehe dabei insbesondere um die russischen Rechte auf "uneingeschränkten Handel, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Investitionen sowie militärisch-technische Kooperation mit Iran".

US-Außenminister Antony Blinken sagte inzwischen, die gegen Russland verhängten Sanktionen wegen des weiter andauernden Militäreinsatzes in der Ukraine hätten nichts mit einem möglichen Atomabkommen mit Iran zu tun. Blinken machte diese Bemerkungen in einem Interview mit der CBS am Sonntag, nachdem Russland zuvor die schriftlichen Garantien aus Washington gefordert hatte.

Die Nachrichtenagentur Reuters zitierte kürzlich einen nicht namentlich genannten ranghohen iranischen Beamten mit der angeblichen Einschätzung, die russische Forderung sei für die Wiener Verhandlungen "nicht hilfreich". Iran dementierte diese Behauptung von Reuters umgehend. Kein Beamter aus Teheran oder Wien habe die Äußerungen des russischen Außenministers Lawrow kommentiert, und das von Reuters veröffentlichte Zitat sei frei "erfunden und nicht gültig".

Ausnahmen hinsichtlich der Sanktionen gegen Russland sind umso wichtiger, als Russland beim Prozess einer Rückkehr Irans zu den Regeln des früheren JCPOA eine wichtige Rolle spielen muss. Um die erheblichen Überbestände an angereichertem radioaktivem Material abzubauen, muss das exportiert werden, mutmaßlich nach Russland. Allein bereits dafür sind Ausnahmen bei den jüngsten Sanktionen erforderlich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62261a68b480cc31d8431a7f.jpg>

Maria Müller

Die ukrainische Regierung sperrte ab 2014 den lebenswichtigen Nord-Krim-Kanal, der für Trinkwasserversorgung der Region von elementarer Bedeutung ist. Seit dem Einmarsch russischer Truppen ist die Versorgung mit Trinkwasser nun wieder gesichert.

Der Nord-Krim-Kanal füllte sich in den letzten Februartagen wieder mit Wasser, nachdem russische Truppen die Kontrolle über das Gebiet übernommen hatten. Sie öffneten den Damm, mit dem die Ukraine seit 2014 den Nord-Krim-Kanal gesperrt und damit über zwei Millionen Menschen das Trinkwasser verweigert hatte.

Der Kanal verbindet die Halbinsel mit dem Flussbett des Dnjepr und deckt seit den 1960er- und 1970er-Jahren 85 Prozent des Trinkwasserbedarfs der Krim. Auch die Landwirtschaft konnte ihren Bedarf durch Bewässerungssysteme in trockenen Monaten ausgleichen.

Die Quelle des Dnjepr liegt in der russischen Region Smolensk. Rechtlich gesehen ist der Dnjepr also ein internationaler grenzüberschreitender Fluss, der allen Anrainerstaaten frei zur Verfügung stehen muss. Die ukrainische Regierung konnte den humanitären Rechtsbruch gegen die Krim-Bevölkerung seit acht Jahren unbehellig durchführen. Weder UNO noch UNESCO oder irgendeine Menschenrechtsorganisation kritisierten oder sanktionierten bisher das Regime in Kiew.

Der Wasserentzug war von Anfang an ein politisches Druckmittel gegen die Krim-Bevölkerung, nachdem sie 2014 in einer Volksabstimmung mit 95,7 Prozent für eine Zugehörigkeit zur Russischen Föderation gestimmt und sich von der Ukraine losgesagt hatte. Bis heute steht die Bevölkerung ganz überwiegend hinter dieser Entscheidung.

Doch auch im Osten des Landes setzte das ukrainische Militär seit 2014 die Zerstörung der Wasserversorgung gegen die Autonomiebestrebungen von Donezk und Lugansk als Waffe gegen die eigene Bevölkerung ein. Durch gezielte Bombardierungen von Trinkwasseranlagen und Elektrizitätswerken wurden seit 2014 Tausende von Zivilisten von der Wasserlieferung abgeschnitten, die nur notdürftig versorgt werden konnten. Nach den damaligen UNICEF-Angaben vom Juli 2015 befanden sich durch diese akute Trinkwassernot 1,3 Millionen Erwachsene und Kinder in großer Gefahr.

Zusätzlich zu den Zerstörungen der Anlagen zur Wasserversorgung wurde auf Anordnung des Regimes in Kiew in einigen Land- und Stadtbezirken von Lugansk das Wasser regelrecht abgedreht. Dort hatten nach einem UNICEF-Bericht zeitweise mehr als 470.000 Menschen, darunter 118.000 Kinder, keinen direkten Zugang zu Trinkwasser.

Auch wenn die neuen Volksrepubliken seitdem lernten, mit immer wieder erneut beschädigten Versorgungsnetzen zu überleben, hat die Krim damit schwer zu kämpfen. Ein Austrocknen von landwirtschaftlichen Nutzungsflächen war die Folge, die Bevölkerung muss sich vor allem in trockenen Sommermonaten mit Tankwagen behelfen. In den Städten wird das Wasser in der heißen Jahreszeit oft rationalisiert. Brunnenbohrungen brachten keine Lösung und führten zum Versalzen der Gebiete. Moskau will Wasserverbindungen zu den Flüssen Don und Kuban erbauen, die bis 2024 fertiggestellt sein sollen.

Zugang zu Wasser ist ein internationales Recht

Das künstliche Herbeiführen von Wassermangel gilt als schwerer Verstoß gegen die Menschenrechte. Am 28. Juli 2010 hat die Vollversammlung der UNO den Zugang zu sauberem Wasser als ein Menschenrecht deklariert.

Auch die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) besagen, dass selbst im Ausnahmezustand oder in Krisensituationen das Vorenthalten von Trinkwasser grundsätzlich verboten ist. Zudem ist der absichtliche Wasserentzug auch ein schwerer Verstoß gegen die Genfer Konvention und die Zusatzprotokolle von 1977 zum Schutz der Zivilbevölkerung bei innerstaatlichen, bewaffneten Konflikten.

Das Regime der Ukraine konnte in den vergangenen acht Jahren solche schwerwiegenden Verstöße gegen das humanitäre Recht problemlos begehen. In den westlichen Medien wurden die Dinge weitgehend verschwiegen oder vereinzelt mit unverhohlener Schadenfreude

kommentiert. Tatsächlich aber machten sich die Regierungen der NATO-Staaten in den vergangenen acht Jahren mitschuldig an Menschen- und Völkerrechtsverletzungen. Im Gefolge ihrer massiven militärischen Aufrüstung des ukrainischen Militärs sind sie auch verantwortlich für dessen damit verbundenen Handlungen.

Von der ukrainischen Armee wurden unsäglich viele Kriegsverbrechen gegen die eigene Zivilbevölkerung im Donbass begangen. Ihre Bombardements mit Militärflugzeugen und schwerer Artillerie von Schulen, Krankenhäusern, Wohnsiedlungen, Elektrizitäts- und Wasserwerken in Donezk und Lugansk, bei denen über 12.000 Zivilisten den Tod fanden, sind eindeutige Kriegsverbrechen. Sie sind zum Großteil der ukrainischen Armee zuzuordnen und in diesem Ausmaß durch keine militärische Notwendigkeit zu rechtfertigen. Das ist bekannt und belegt.

Gedachte die EU-Kommission, das Europaparlament oder der Internationale Gerichtshof in Den Haag jemals der Toten im Donbass und brachte die Tausende von Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch das ukrainische Regime zur Sprache? Wurden jemals deswegen Sanktionen gegen Petro Poroschenko, Wladimir Selenskij oder die ukrainische Armeeführung verhängt?

Nein, ganz im Gegenteil! Sie wurden von allen NATO-Regierungen faktisch zum Weitermachen ermutigt.

Wenn ein normatives System, das als Regulierungsinstrument für interne und internationale Konflikte gedacht war, systematisch außer Kraft gesetzt wird, sind irgendwann gravierende Folgen eine logische Konsequenz.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62265676b480cc0475206b70.jpg>

vormittags:

9:47 (7:47) novorosinform.org: **Die EU bezeichnete Belarus als „Mitaggressor“ im Ukraine-Konflikt**

Vertreter der Europäischen Union gaben im Zusammenhang mit der aktuellen Situation in der Ukraine eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Republik als "Mitaggressor" bezeichneten.

Sie machten auf "eklatante Verstöße gegen das Völkerrecht und die UN-Charta" aufmerksam, die ihrer Meinung nach "zur Untergrabung der europäischen und weltweiten Sicherheit und Stabilität beitragen". In ihren Schlussfolgerungen verwiesen europäische Beamte auf die Resolution der UN-Generalversammlung.

Es wird behauptet, dass sich die gesamte internationale Gemeinschaft gegen die russische Militäroperation in der Ukraine zusammengeschlossen habe.

„Russland trägt mit der Beteiligung des Lukaschenko-Regimes in Belarus als Mitaggressor

die volle Verantwortung für den Verlust von Menschenleben, Verletzungen und Zerstörung“, heißt es in dem von RIA Novosti zitierten Dokument.

Die Veröffentlichung erinnert daran, dass die Behörden der Republik wiederholt erklärt haben, dass weder belarussische Soldaten noch militärische Ausrüstung an der russischen Operation in der Ukraine beteiligt sind.



https://novorosinform.org/content/images/04/87/40487_720x405.jpg

mil-lnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponko zur Lage vom 5. bis 8.3.2022

Die Volksmiliz setzt die Operation zur Befreiung des von den Kiewer Truppen besetzten Territoriums der Lugansker Volksrepublik fort.

Bei Angriffshandlungen haben die Einheiten der Volksmiliz **im Zeitraum vom 5. bis 8. März acht Ortschaften befreit. Insgesamt sind 54 Ortschaften**, die sich unter ukrainischer Besatzung befanden, unter die Kontrolle der Lugansker Volksrepublik gekommen.

In Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz **erlitt der Gegner erhebliche Verluste an Personal und Militärtechnik:**

278 Mann;

16 Panzer;

15 Schützenpanzer;

35 Stück Panzertechnik;

15 Fahrzeuge;

11 Drohnen vom Typ „Krylo“.

Außerdem haben die Kräfte der Volksmiliz vernichtet:

17 befestigte Feuerstellungen;

30 Feuerstellungen, die mit Antipanzerraketenkomplexen, großkalibrigen

Maschinengewehren und Granatwerfern verschiedener Art ausgestattet waren.

8:03 de.rt.com: "Sind keine Sklaven": Pakistan wehrt sich gegen öffentlichen antirussischen Druck aus dem Westen

Pakistans Regierungschef Imran Khan kritisiert die unverhohlene und öffentliche Aufforderung einiger westlicher Diplomaten, die UN-Resolution gegen Russland zu unterstützen. Pakistan betreibe eine eigene Außenpolitik und sei kein Sklave anderer Mächte. Der pakistanische Premierminister Imran Khan hat westliche Diplomaten scharf kritisiert, als sie die Landeshauptstadt Islamabad besuchten und Pakistan aufforderten, Russlands militärischen Einmarsch in die Ukraine zu verurteilen. Er fragte sie, ob sie Pakistan für ihren "Sklaven" hielten, wie Reuters am Sonntag berichtete. Auf einer politischen Veranstaltung erklärte der pakistanische Regierungschef:

"Was denken Sie von uns? Sind wir Ihre Sklaven, ... dass wir alles tun, was Sie sagen?"

Pakistan hatte sich bei der Abstimmung über eine Resolution der UN-Vollversammlung zur Verurteilung der russischen Militäroperation der Stimme enthalten, ebenso wie Indien, direkter politischer Rivale Pakistans in der Region.

Khan fragte weiter:

"Ich möchte die Botschafter der Europäischen Union fragen: Haben Sie einen solchen Brief an Indien geschrieben?"

Berichten zufolge erklärte Khan auch, dass Europa es versäumt hätte, Indien wegen der Vorfälle im Kaschmir zu verurteilen, einer umstrittenen Bergregion, in der Pakistan und Indien zwei Kriege geführt haben.

Der pakistanische Premierminister fügte hinzu, dass Pakistan unter seiner Unterstützung für das NATO-Bündnis in Afghanistan gelitten habe und dass es statt Dank nur Verurteilungen geerntet habe.

Khan war in die Kritik geraten, nachdem er Ende Februar – kurz vor Beginn des Ukraine-Krieges – einen Besuch in Moskau abgestattet und dabei auch den russischen Präsidenten Wladimir Putin nur wenige Stunden nach Beginn des Einmarsches getroffen hatte.

Am Sonntag sagte Khan, Pakistan sei "mit Russland befreundet, und wir sind auch mit Amerika befreundet; wir sind mit China und mit Europa befreundet; wir sind in keinem Lager". Pakistan werde "neutral" bleiben und mit denjenigen zusammenarbeiten, die an der Beendigung des Ukraine-Konflikts arbeiten.

Am Freitag erklärte ein Sprecher des pakistanischen Außenministeriums bei der Pressekonferenz, dass es "keine übliche diplomatische Praxis" sei, dass Gesandte Anfragen wie den Brief öffentlich machen. Das habe Pakistan klargestellt. Er fügte hinzu:

"Wir haben das zur Kenntnis genommen und in einem anschließenden Treffen mit einer Gruppe von Botschaftern unsere Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht. Denn wie ich schon sagte, ist das nicht die Art und Weise, wie Diplomatie praktiziert werden sollte, und ich denke, sie haben das erkannt."

Einige europäische Abgesandte, die die gemeinsame Erklärung auf Twitter geteilt hatten, löschten Berichten zufolge ihre Tweets einige Zeit später.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6226319db480cc32600f96d1.jpg>

9:00 de.rt.com: **Russland hat Informationen über mögliche Provokation gegen Gastransportsystem der Ukraine**

Russland habe Informationen über eine bevorstehende Provokation gegen das ukrainische Gastransportsystem. Dies erklärte der stellvertretende russische Ministerpräsident Aleksandr Nowak und fügte hinzu:

"Ich möchte Sie im Voraus warnen – das ist extrem gefährlich, Russland hat kein Interesse daran. Wir tun alles, um dies zu verhindern."

9:01 de.rt.com: **Peking will an strategischer Partnerschaft zu Russland festhalten**

Der chinesische Außenminister machte unmissverständlich deutlich, dass äußere Ereignisse die enge Partnerschaft zwischen Russland und China nicht beeinflussen werden. Im Gegenteil, es gebe noch weiteres Potenzial, um sie zu verbessern.

Chinas Außenminister Wang Yi hat am Montag erklärt, dass Moskau und Peking ihren strategischen Fokus beibehalten und die umfassende strategische Partnerschaft zwischen China und Russland weiter vertiefen würden, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Peking schätze die chinesisch-russischen Beziehungen wegen ihrer Unabhängigkeit von anderen Verhältnissen. Die Beziehungen zwischen beiden würden auf die Prinzipien von "Nicht-Bündnis, Nicht-Konfrontation und Nicht-Angriff auf Dritte" basieren und seien frei von Drittparteien gesäter Einmischung oder Zwietracht. Wang sagte:

"Dies ist sowohl das, was uns die historische Erfahrung gelehrt hat, als auch eine Innovation in den internationalen Beziehungen."

Chinas Topdiplomate wies darauf hin, dass die chinesisch-russischen Beziehungen auf einer klaren Logik der Geschichte beruhen würden und von einer starken inneren Dynamik angetrieben seien. Die Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem russischen Volk sei sehr solide.

Auch die Aussichten für die weitere Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten seien vielversprechend, sagte der Außenminister. Wang versicherte:

"Ganz gleich, wie unsicher und herausfordernd die internationale Lage auch sein mag, China und Russland werden ihren strategischen Fokus beibehalten und unsere umfassende strategische Partnerschaft für eine neue Ära stetig weiterentwickeln."

Wang äußerte sich auch zu dem Ukraine-Konflikt. China rufe zur Besonnenheit und Rationalität auf, statt weiter Öl ins Feuer zu gießen und die Spannungen weiter eskalieren zu lassen. Wang betonte die Notwendigkeit, den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta verpflichtet zu bleiben und die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder zu respektieren und zu schützen sowie den Grundsatz der unteilbaren Sicherheit aufrechtzuerhalten und den legitimen Sicherheitsanliegen der betroffenen Parteien Rechnung zu tragen. Man müsse auf Dialog, Verhandlungen und friedliche Mittel zur Streitbeilegung setzen, dauerhaften Frieden und Stabilität in der Region anstreben und einen ausgewogenen, wirksamen und nachhaltigen europäischen Sicherheitsmechanismus schmieden.

Peking sei bereit, weiterhin eine konstruktive Rolle bei der Erleichterung des Dialogs für den Frieden zu spielen und mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, um die notwendigen Vermittlungsbemühungen durchzuführen, sagte Wang.

Die internationale Gemeinschaft solle ihre Bemühungen auf die Förderung der Gespräche zwischen Russland und der Ukraine sowie die Verhinderung einer humanitären Krise großen Ausmaßes konzentrieren, so Wang, der zudem darauf hinwies, dass China bereits einiges unternommen habe und enge Kontakte zu den betroffenen Parteien pflege.

China sei der Ansicht, dass die Gespräche umso wichtiger sind, je angespannter die Lage ist, und dass die Notwendigkeit, sich zusammenzusetzen und zu verhandeln, umso größer sei, je größer die Meinungsverschiedenheiten sind, so Wang.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6225fb3e48fbef18f223b97e.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 8.3.22 um 10:30 Uhr

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet intensive Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 39-mal das Feuer auf unser Territorium unter Einsatz von 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern **eröffnet**.

Unter Beschuss gerieten **17 Ortschaften** der Republik.

Im Bereich des Kraftwerks von Starobelsk hat die Luftabwehr der Volksmiliz der DVR eine Rakete eines taktischen Raketenkomplexes „Totschka-U“ abgeschossen, die von Kämpfern der bewaffneten Formationen der Ukraine abgeschossen worden war.

Infolge der ukrainischen Aggression wurden **vier Bürger der Republik verletzt**, 12 Wohnhäusern und 5 Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der BFU hinzuzufügen.

Wir erhalten weiter Informationen, dass ukrainische Nationalisten zivile Objekte besetzen. In Kramatorsk ist im Gebäude eines kommerziellen Unternehmens in der Uliza Parkowaja nicht weit vom Flughafen die Stationierung einer Einheit von Spezialoperationskräften der ukrainischen Streitkräfte festzustellen. Die Turnhallen der Schulen Nr. 6, 15, 19, 20 und 31 wurden zu Kasernen zur Unterbringung von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde umgerüstet.

In Dershinsk ist im Gebäude der Kureinrichtung „Raduga“ ein Kommandopunkt der 95. Luftsturmbrigade untergebracht. Die Stationierung von Waffen und Technik wurde in der Nähe von Wohnhäusern bemerkt. Auf dem Gebiet des zentralen städtischen Lenin-Krankenhauses wurde die Stationierung von Raketenartillerie bemerkt, die zum Beschuss von Gorlowka eingesetzt wird.

In Ugledar wurde die Stationierung von Kämpfern und Panzertechnik der Nationalgarde auf dem Gebiet der Schule Nr. 2 und des Kindergartens Nr. 1 festgestellt.

In allen aufgezählten Ortschaften blockieren die Nationalisten die Ausfahrten, um die Zivilbevölkerung festzuhalten.

Wir rufen die ukrainischen Offiziere, Soldaten und Unteroffiziere ein weiteres Mal auf! Sie können Ihr Leben erhalten, wenn Sie freiwillig davon Abstand nehmen, sich an

Kampfhandlungen zu beteiligen. Legen Sie die Waffen nieder und gehen Sie nach Hause! Es lohnt sich nicht das Leben für die verbrecherische ukrainische Regierung und die Oligarchen zu riskieren.

Trotz der bestehenden Lage gratuliere ich im Namen der Soldaten der Donezker Volksrepublik allen Frauen zum Internationalen Frauentag! Ich will Ihnen das Beste und Schönste wünschen. Besonders will ich mich an die Soldatinnen wenden, die sich in dieser schwierigen Stunde zusammen mit unseren Verteidigern an der Front befinden. Ich wünsche Ihnen, wunderbare Frauen, einen friedlichen Himmel über dem Kopf, menschliches Glück, Liebe und Wärme sowie unseren baldigen Sieg über den Feind.

9:40 de.rt.com: **Feuerpause und humanitäre Korridore in mehreren Städten der Ukraine**
Generalmajor Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, hat mitgeteilt, dass ab zehn Uhr morgens (lokaler Zeit) eine Feuerpause eingeführt werde. Zudem würden humanitäre Korridore von Kiew, Tschernigow, Sumy, Charkow und Mariupol geöffnet.

Zwei MiG-29- und eine Su-27-Maschine der ukrainischen Luftstreitkräfte sollen von Kampfflugzeugen der russischen Luftstreitkräfte abgeschossen worden sein, hieß es weiter. Die russischen Streitkräfte sollen einen Flugplatz in der Nähe von Schitomir mit Hochpräzisionswaffen angegriffen und zerstört haben.

In den vergangenen 24 Stunden sollen Bomber und Kampfflugzeuge der russischen Luftwaffe 158 militärische Einrichtungen auf ukrainischem Gebiet zerstört haben. Während der Militäroperation seien insgesamt 2.482 ukrainische militärische Infrastruktureinrichtungen zerstört worden, so Konaschenkow.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62270fb148fbef16f617a8a7.jpg>

10:01 de.rt.com: **Außenminister der Ukraine bestätigt geplantes Treffen mit Lawrow**

Die Außenminister der Ukraine und Russlands wollen sich zu Gesprächen in der Türkei treffen. Nach der russischen Seite hat nun auch der ukrainische Außenminister Kuleba ein geplantes Treffen mit seinem russischen Kollegen Lawrow am 10. März bestätigt.

Auf türkische Vermittlung sollen erstmals seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine die Chefdiplomaten beider Länder zusammentreffen. Nachdem zuerst das russische Außenministerium bestätigt hatte, dass Sergei Lawrow und sein ukrainischer Amtskollege Dmitri Kuleba am 10. März in Antalya zusammenkommen sollen, hat nun auch der ukrainische Außenminister die Absicht baldiger Gespräche mit seinem russischen Kollegen bekräftigt. Am Montagabend teilte Kuleba in einer Videobotschaft mit:

"Derzeit ist der 10. (März) geplant. Mal sehen, ob er nach Antalya fliegt, dann fliege ich auch. Setzen wir uns zusammen, reden wir."

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu hatte zuvor gesagt, beide Seiten würden am

10. März in Antalya erwartet. Die Gespräche sollten gemeinsam mit Çavuşoğlu im Dreier-Format stattfinden.

Kuleba sagte, wenn Lawrow zu einem ernsthaften Gespräch bereit sei, werde man von Diplomat zu Diplomat reden:

"Falls er anfängt, die absurde Propaganda zu wiederholen, die in letzter Zeit ausgeteilt wurde, wird er von mir die harte Wahrheit hören, die er verdient."

Das Treffen ist dem russischen Außenministerium zufolge am Rande des Diplomatie-Forums in Antalya geplant. Bei dem regelmäßig stattfindenden Forum kommen Politiker, Diplomaten und Experten unterschiedlicher Bereiche zu Diskussionen zusammen. Die Türkei hatte sich im Ukraine-Konflikt immer wieder als Vermittler angeboten.

Kuleba zufolge verschließt sich die Ukraine auch nicht direkten Gesprächen der Präsidenten Wladimir Selenskij und Wladimir Putin. "Unser Präsident hat vor nichts Angst, auch nicht vor einem direkten Treffen mit Putin. Wenn auch Putin keine Angst hat, möge er zum Treffen kommen, sich hinsetzen und reden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6227082e48fbef025c43288f.jpg>

10:20 de.rt.com: **Ex-Präsident der Ukraine Janukowitsch: Selenskij muss Blutvergießen um jeden Preis beenden**

Der ukrainische Ex-Präsident Wiktor Janukowitsch hat sich zu Wort gemeldet und sich an das ukrainische Volk und Wladimir Selenskij gewandt. Janukowitsch zufolge sei Selenskij verpflichtet, das Blutvergießen um jeden Preis zu beenden und ein Friedensabkommen zu schließen:

"Es gibt keine Macht, die wertvoller als das Blut unserer Kinder ist."

Das ukrainische Regime sei es gewesen, das den Krieg im Donbass entfesselt habe, hieß es weiter. Den Krieg im Donbass habe den "peinlichen" Namen "Antiterroroperation" (kurz ATO) erhalten. Das Ergebnis seien 14.000 Tote und acht Jahre voller Leid und Tränen der Mütter, so der Ex-Präsident im Exil:

"Diejenigen, die die ATO 2014 ins Leben gerufen und die ATO all die Jahre angeheizt haben, sollten am härtesten bestraft werden."



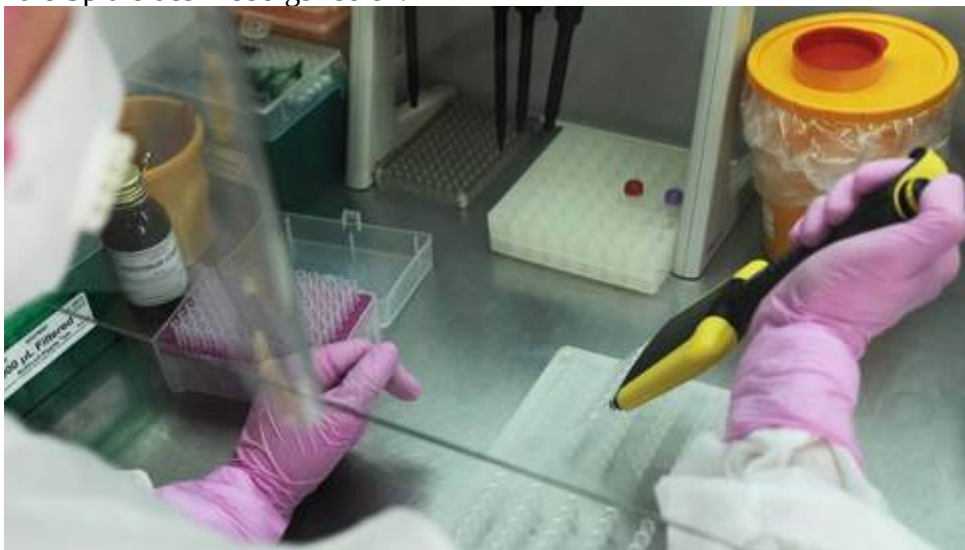
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62271cec48fbef025c4328a3.jpg>

11:20 de.rt.com: **China ruft USA zur Freigabe von Daten über militärische Biolabore in Ukraine auf**

China hat die USA aufgefordert, ihre Aktivitäten zur "biologischen Militarisierung" im In- und Ausland zu klären. Dies erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhào Lìjiān, am Dienstag bei einem Briefing zu den Informationen über von den USA finanzierte biologische Labors in der Ukraine:

"Wir fordern die USA erneut auf, ihre Aktivitäten zur biologischen Militarisierung im In- und Ausland vollständig aufzuklären."

Zhào Lìjiān betonte, dass die militärisch-biologischen Aktivitäten der USA in der Ukraine nur "die Spitze des Eisbergs" seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622729feb480cc6c26464b5a.jpg>

11:44 de.rt.com: **Behörden: 21 Tote bei Angriffen auf ukrainische Stadt Sumy**

Bei nächtlichen Luftangriffen auf die nordostukrainische Großstadt Sumy seien den örtlichen Behörden zufolge mindestens 21 Menschen getötet worden, darunter angeblich auch zwei Kinder. Das teilte die regionale Staatsanwaltschaft am Dienstag mit. Die Angaben sind derzeit nicht unabhängig zu überprüfen. In der Nacht hatte der Chef der Gebietsverwaltung, Dmytro Schywyzkyj, von zehn Toten gesprochen.

"In einigen Ortschaften wurden Wohngebäude bombardiert. Und nahe dem Zentrum von Sumy wurden mehrere Häuser durch einen Bombentreffer zerstört", behauptete Schywyzkyj bei Facebook. Auch vier ukrainische Soldaten seien "im ungleichen Kampf mit dem russischen Militär" getötet worden.

Am Dienstag einigten sich Russland und Kiew auf eine Evakuierungsaktion für Sumy. Am Vormittag fuhren in der Stadt Busse und Privatautos in Richtung der 170 Kilometer entfernten Stadt Poltawa ab, wie ukrainische Medien berichteten.

11:57 de.rt.com: **China warnt USA vor Schaffung neuer NATO im Pazifik**

Der chinesische Außenminister hat Washington davor gewarnt, eine neue, gegen China gerichtete Militärallianz in Ostasien zu schaffen. Ostasien sei ein Gebiet mit vielen Möglichkeiten für Zusammenarbeit und Entwicklung.

Der chinesische Außenminister Wang Yi hat angedeutet, dass das eigentliche Ziel der US-Strategie in der indopazifischen Region darin bestehe, eine neue Version der NATO zu schaffen. Chinas Chefdiplomat warnte das Weiße Haus, dass jeder Versuch, einen solchen Plan umzusetzen, vereitelt würde.

In einer Rede am Rande des 13. Nationalen Volkskongresses am Montag riet Wang Washington von Handlungen ab, die angesichts der territorialen Streitigkeiten zwischen China und anderen Staaten zu Instabilität in der Region führen würden.

Wang mahnte:

"Der asiatisch-pazifische Raum ist ein vielversprechendes Gebiet für Zusammenarbeit und Entwicklung und kein Schachbrett für geopolitische Auseinandersetzungen."

Wang kritisierte die USA und behauptete, der US-amerikanische Ansatz zielen einzig und allein darauf ab, die Vorherrschaft durch "Blockpolitik" in der Region aufrechtzuerhalten.

Nach Ansicht Pekings würde dies die bereits bestehende politische und wirtschaftliche Vereinigung durch den Verband Südostasiatischer Nationen untergraben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6226063148fbef16ee68a4d7.jpg>

11:58 de.rt.com: **Selenskij zu Gesprächen über Donbass und Krim bereit**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat sich zu Gesprächen über den Status der Gebiete im Osten des Landes und der Halbinsel Krim bereit gezeigt. Im US-Sender ABC machte Selenskij zugleich deutlich, dass er nicht auf Forderungen aus Moskau eingehen werde, die Unabhängigkeit der selbst ernannten "Volksrepubliken" sowie die russische Herrschaft über die Krim anzuerkennen:

"Ich bin bereit für einen Dialog. Aber wir sind nicht bereit für eine Kapitulation."

Weiter sagte der ukrainische Präsident: "Wir können diskutieren und einen Kompromiss finden, wie diese Gebiete weitermachen können." Wichtig sei, darauf zu achten, wie es den Menschen dort ergehe, die Teil der Ukraine sein wollten. Es handle sich um eine viel kompliziertere Frage als nur um eine Anerkennung. "Dies ist ein weiteres Ultimatum, und wir erkennen keine Ultimaten an."

Selenskij forderte erneut den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu direkten Verhandlungen auf. "Was Präsident Putin tun muss, ist, ein Gespräch zu beginnen, einen Dialog, anstatt weiter in einer Informationsblase ohne Sauerstoff zu leben." Selenskij räumte ein, dass Russland die Lufthoheit über der Ukraine habe. Er forderte erneut eine Flugverbotszone. Es gehe darum, Raketenbeschuss auf zivile Einrichtungen zu verhindern. Mit Blick auf die NATO gab sich Selenskij enttäuscht. Das Bündnis sei nicht bereit, die Ukraine als Mitglied zu akzeptieren. "Die Allianz hat Angst vor kontroversen Fragen und einer Auseinandersetzung mit Russland." Er deutete an, auf einen Beitritt zu verzichten. Die Ukraine sei kein Land, das auf den Knien um etwas bettele. Seit einer Verfassungsänderung 2019 ist der NATO-Beitritt das erklärte Ziel der ehemaligen Sowjetrepublik.

nachmittags:

12:20 de.rt.com: Selenskij: NATO ist zum Beitritt der Ukraine nicht bereit

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat in einem Interview erklärt, er habe sich in der Frage des NATO-Beitritts des Landes "abgekühlt". Wörtlich hieß es:

"Was die NATO betrifft, so kühle ich mich in dieser Frage schon lange ab, nachdem wir verstanden hatten, dass die NATO nicht bereit ist, die Ukraine aufzunehmen. Das Bündnis fürchtet Widersprüche und Konfrontationen mit Russland."

Selenskij betonte auch, dass Kiew nicht auf Knien um irgendetwas in Brüssel betteln werde. Die Werchowna Rada hatte im Dezember 2014 den Status der Ukraine als blockfreien Staat aufgegeben. Im Februar 2019 hatte das Parlament Verfassungsänderungen verabschiedet, die den Kurs des Landes gegenüber der EU und der NATO festschreiben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622733f5b480cc63b05d2816.jpg>

12:29 de.rt.com: **Russland: Geschäfte mit "unfreundlichen Staaten" erfordern nun Genehmigung der Regierung**

Das russische Finanzministerium hat einen speziellen Unterausschuss zur Kontrolle ausländischer Investitionen eingerichtet. Damit sollen unter anderem die Geschäfte mit Firmen aus jenen Ländern geregelt werden, die in Moskau als "unfreundliche Staaten" eingestuft sind.

Russische Unternehmen, die mit Firmen aus jenen Ländern zusammenarbeiten wollen, die Moskaus Militäroperation in der Ukraine verurteilen, müssen die Genehmigung der Regierung für die Geschäfte einholen, teilte der Pressedienst des russischen Finanzministeriums am Montag mit. Die Genehmigung wird demnach von einer

Regierungskommission für die Kontrolle von Auslandsinvestitionen erteilt. Ihr gehören Vertreter der russischen Zentralbank und der Präsidialverwaltung an.

Gemäß dem zur Einführung des Verfahrens gefassten Beschluss, der von Premierminister Michail Mischustin unterzeichnet wurde, muss ein in Russland ansässiges Unternehmen oder ein ausländisches Unternehmen aus einem "unfreundlichen Staat" eine Genehmigung für jeden Geschäftsabschluss beantragen. Der Pressedienst teilte mit, dass der Antrag "umfassende Informationen" über den Antragsteller enthalten solle, "einschließlich Informationen über die Eigentümer des Unternehmens". Weiter heißt es:

"Auf der Grundlage der Analyse der eingegangenen Dokumente und der Art des künftigen Vertrags wird eine Entscheidung über die Genehmigung oder Ablehnung getroffen."

Demnach bestehe "das Hauptziel dieser Arbeitsweise darin, die finanzielle Stabilität des Landes angesichts des externen Sanktionsdrucks zu gewährleisten".

Die Regierung in Moskau stellte am Montag auch eine aktualisierte Liste jener Länder vor, die aufgrund ihrer Haltung zum Ukraine-Konflikt als "unfreundliche Staaten" eingestuft wurden. Sie umfasst nun die Vereinigten Staaten von Amerika sowie Kanada, alle EU-Länder, das Vereinigte Königreich (eingeschlossen Jersey, Anguilla, die Britischen Jungferninseln und Gibraltar), die Ukraine, Montenegro, die Schweiz, Albanien, Andorra, Island, Liechtenstein, Monaco, Norwegen, San Marino, Nordmazedonien sowie Japan, Südkorea, Australien, Mikronesien, Neuseeland, Singapur und Chinas selbstverwaltetes Gebiet Taiwan.

Die Länder und Gebiete wurden auf die Liste gesetzt, nachdem sie im Zusammenhang mit der laufenden Militäroperation der russischen Streitkräfte in der Ukraine Sanktionen gegen Russland verhängt oder sich diesen angeschlossen hatten.

Dem Regierungsdekret zufolge müssen nun auch russische Bürger und Unternehmen, die Föderation selbst sowie deren Regionen und Gemeinden die Verpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern aus den auf der Liste stehenden Ländern in Rubel bezahlen. Das neue befristete Verfahren gilt für solche Zahlungsbeträge, die 10 Millionen Rubel pro Monat oder einen entsprechenden Betrag in Fremdwährung übersteigen.

Die Maßnahmen wurden seitens Moskaus eingeführt, um die russische Wirtschaft zu stützen, nachdem die westlichen Staaten Russland in den vergangenen zehn Tagen mit schweren Sanktionen belegt hatten. Einige der größten russischen Banken wurden vom internationalen Finanztransaktionssystem SWIFT ausgeschlossen und ihre Auslandsguthaben eingefroren.

Für bestimmte russische Importe wurden Beschränkungen verhängt, und eine wachsende Zahl von Unternehmen aus allen Branchen hat bereits die Geschäftstätigkeit in Russland eingestellt oder will das demnächst tun.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62272ed648fbef18e10a1fe3.jpg>

dnronline.su/lug-info.com: In der DVR der 107. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF eingetroffen, auch für die befreiten Territorien der Republik.

Insgesamt sind es 110 Tonnen von Gütern des dringendsten Bedarfs.
Auch in die LVR wurden 110 Tonnen humanitäre Güter geliefert.

14:36 de.rt.com: **Weißes Haus droht China mit Sanktionen wegen Haltung zu Russland**
Peking bezeichnete Russland trotz scharfer Gegenreaktionen des Westens auf den Militäreinsatz in der Ukraine als seinen "wichtigsten" Partner. Nun haben die USA Vergeltungsmaßnahmen gegen China angedeutet, sollte es sich den verhängten Sanktionen gegen Moskau entziehen.

Die USA haben Vergeltungsmaßnahmen gegen China angedeutet, sollte es sich den Sanktionen entziehen, die gegen Russland nach dessen Angriff auf die Ukraine Ende letzten Monats verhängt wurden. Peking hat indessen stets argumentiert, dass wirtschaftliche Restriktionen die Konflikte nur verschärfen.

Bei einer Pressekonferenz am Montag wurde die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, gefragt, ob die Sanktionen Moskau zu einer Vertiefung der Beziehungen zu Peking zwingen würden. Sie antwortete:

"Sie können die Auswirkungen dieser Sanktionen durch China nicht ausgleichen. Das ist einfach nicht möglich."

Psaki fügte zugleich hinzu: "Wir haben auch gesehen, dass China sich an die Strafmaßnahmen hält, die verhängt wurden." Gleichzeitig wies die Sprecherin des Weißen Hauses darauf hin, dass sich Peking bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung vergangene Woche enthalten habe. Am vergangenen Mittwoch hatten 141 UN-Mitgliedsstaaten für eine Resolution gestimmt, mit der der Angriff Russlands auf die Ukraine verurteilt wurde. Fünf Länder hatten dagegen gestimmt. Unter den 35 Staaten, die sich enthielten, war China. Psaki ergänzte nun:

"Wenn sie sich nicht an die Sanktionen halten, haben wir immer die Möglichkeit, Maßnahmen zu ergreifen. Aber das ist es, was wir bis jetzt gesehen haben."

China setzt sich für eine diplomatische Lösung des Konflikts ein und hat sich stets gegen wirtschaftliche Restriktionen ausgesprochen. Zhang Jun, Chinas Gesandter bei der UNO, hatte am Montag gesagt:

"Wir sind zutiefst besorgt über die ständig zunehmenden einseitigen Sanktionen, die kein grundlegender und wirksamer Weg zur Lösung des Problems sind."

Er ergänzte: "Sie werden schwerwiegende humanitäre Folgen und Spillover-Effekte haben, die anderen Ländern schaden werden."

An demselben Tag bezeichnete der chinesische Außenminister Wang Yi gegenüber Reportern Russland als den "wichtigsten strategischen Partner" seines Landes. Die Freundschaft zwischen den beiden Ländern sei "eisenhart", sagte er.

Viele Länder, darunter die USA, das Vereinigte Königreich und die EU-Mitgliedsstaaten, verhängten als Reaktion auf die am 24. Februar gestartete russische Militäraktion gegen die Ukraine weitreichende Sanktionen gegen Moskau. Russland jedoch betonte, dass es unter anderem die Volksrepubliken Donezk und Lugansk verteidige, die sich kurz nach dem Putsch in Kiew 2014 von der Ukraine abgespalten hatten. Moskau hatte außerdem erklärt, es wolle, dass die Ukraine ein neutrales Land werde, das niemals der NATO beitreten wird.

Kiew erklärte, der Angriff Russlands sei völlig ungerechtfertigt, und wies Behauptungen zurück, es plane, die Gebiete der abtrünnigen Republiken mit Gewalt zurückzuerobern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6227370fb480cc6c3261196e.jpg>

Tass.ru: **Das Verteidigungsministerium der RF erklärte, dass von den der ukrainischen Seite vorgeschlagenen 10 humanitären Routen Kiew nur eine, die aus Sumy, bestätigt hat.** Über den humanitären Korridor wurden 723 Menschen aus Sumy nach Poltawa evakuiert, darunter auch Ausländer.

Alle Versuche, über humanitäre Korridore in die RF zu gelangen, werden von Nationalisten unterbunden und die offiziellen Vertreter der Kiewer Regierung und die Bürgermeister der Städte haben die Anweisung erhalten keinen einzigen Versuch zur Evakuierung in die RF zuzulassen, unterstrich das Verteidigungsministerium. Die Kiewer Regierung lehnt alle grundlegenden Evakuierungsrouten für Zivilisten aus Kiew, Tschernigow, Sumy, Charkow und Mariupol nach Russland ab.

Es wurde ergänzt, dass die ukrainischen Grenzschrützer für eine ungehinderte Überquerung der Grenzen von den zu evakuierenden Personen Schmiergelder von 1500 bis 5000 Dollar verlangen. Gleichzeitig waren die Passierpunkte nach Polen, der Slowakei, Ungarn, Moldawien und Rumänien praktisch nicht zur Aufnahme zu evakuierender Personen bereit. Insgesamt hat Russland ohne Beteiligung der Ukraine mehr als 5000 Menschen aus gefährlichen Zonen der DVR, LVR und der Ukraine evakuiert. Mehr als 2 Mio. Bürger der Ukraine und Ausländer haben sich an die russische Seite mit der Bitte um Evakuierung gewandt.

Das Verteidigungsministerium merkte an, dass Russland der Ukraine keine Datenbank derjenigen übergeben wird, die evakuiert werden sollen, da Vergeltung an diesen befürchtet wird.

17:11 (15:11) novorosinform.org: **Das Außenministerium der Russischen Föderation bestätigte die Beseitigung von Spuren des militärbiologischen Programms durch Kiew** Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte, dass die Kiewer Führung hastig die Spuren des militärisch-biologischen Programms beseitigt habe, das vom Pentagon überwacht wurde.

Das berichtet TASS.

„Wir bestätigen die während der militärischen Sonderoperation in der Ukraine aufgedeckte Tatsache der Beseitigung von Spuren des militärisch-biologischen Programms, das von Kiew mit Mitteln des US-Verteidigungsministeriums durchgeführt wurde, durch das Kiewer Regime“, erklärte Sacharowa.

Die Diplomatin verweist auf Dokumente des ukrainischen Gesundheitsministeriums, in denen es um die Notwendigkeit ging, gefährliche Krankheitserreger zu eliminieren, die in ukrainischen biologischen Labors gelagert werden.

Sacharowa sagte, dass diese Informationen die Gültigkeit der Forderungen Russlands

gegenüber den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot biologischer und toxischer Waffen im postsowjetischen Raum bestätigen.

Zuvor erklärte das russische Verteidigungsministerium, dass es Informationen über die Arbeit der US-amerikanischen biologischen Labors in der Ukraine habe.



https://novorosinform.org/content/images/05/17/40517_720x405.jpg

16:27 de.rt.com: **Handelsplattform für Kryptowährung sperrt 25.000 russische Konten**

Die Handelsplattform für Kryptowährung Coinbase hat verkündet, dass sie Tausende von Konten gesperrt hat, die mit Russen in Verbindung stünden. Die Bitcoin-Börse hat sich bereit erklärt, die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen zu unterstützen.

Die größte US-Krypto-Börse Coinbase hat in einer offiziellen Erklärung mitgeteilt, dass sie 25.000 russische Konten sperren wird. Die US-Plattform für Kryptowährung hat sich damit bereit erklärt, die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen zu unterstützen. In einer Erklärung am Montag gab das Unternehmen bekannt:

"Heute sperrt Coinbase über 25.000 Adressen im Zusammenhang mit russischen Privatpersonen oder Organisationen, von denen wir glauben, dass sie in illegale Aktivitäten verwickelt sind, von denen wir viele durch unsere eigenen proaktiven Untersuchungen identifiziert haben."

Die Plattform nannte zwar nicht die Art der illegalen Aktivitäten, in die die Konten verwickelt gewesen sein sollen, wies aber darauf hin, dass die sanktionierten Adressen bereits an die US-Behörden übergeben worden seien. So heißt es seitens des US-Unternehmens:

"Nachdem wir diese Adressen identifiziert hatten, übermittelten wir sie an die Regierung, um die Durchsetzung der Sanktionen weiter zu unterstützen."

Coinbase erklärte weiter, dass die Sanktionen des Westens "eine wichtige Rolle bei der Förderung der nationalen Sicherheit und der Abschreckung von rechtswidrigen Aggressionen spielen", und führte an, dass das Unternehmen "diese Bemühungen der Regierungsbehörden voll und ganz unterstützt".

Coinbase-CEO Brian Armstrong hatte letzte Woche bekannt gegeben, dass sein Unternehmen die Sanktionen gegen Russland einhalten werde, indem es die Konten russischer Bürger sperrt, die Kunden mehrerer großer russischer Banken seien, die von den verhängten Sanktionen betroffen sind.

Damals betonte er jedoch, dass die Krypto-Börse die Russen nicht "präventiv" auf die schwarze Liste setzen wolle, da "jeder den Zugang zu grundlegenden Finanzdienstleistungen" verdiene.

Das US-Unternehmen Coinbase betreibt die Plattform, die Zugang zu einer breiten Krypto-Produktpalette bietet. Gehandelt wird etwa mit Bitcoin, Ethereum und Ethereum Classic.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622715aa48fbef16ee68a545.jpg>

18:38 (16:38) novorosinform.org: **Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation sammelt Informationen über die Gräueltaten von Neonazis in der Ukraine**
Generaloberst Michail Misinzew, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, sagte, Zivilisten in der Ukraine würden zahlreiche Fälle von Gewalt, Tötungen, illegalen Festnahmen und anderen Gräueltaten durch Neonazis melden.

Ihm zufolge wurden in der Datenbank des NZUO bereits 2 Millionen 541 Tausend Appelle von ukrainischen Bürgern sowie Ausländern mit der Bitte um Rettung und Evakuierung aus vielen Siedlungen der Ukraine dokumentiert.

„Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass diese Datenbank die Namen, Nachnamen und Adressen dieser Menschen, Audio- und Videoaufzeichnungen ihres Panikzustands, herzerreißende Geschichten über die schwierige humanitäre Situation, über die von Nationalisten begangenen Schrecken und Gräueltaten enthält, Morde, körperliche Gewalt, Durchsuchungen und illegale Verhaftungen“, sagte Mesinzew.



https://novorosinform.org/content/images/05/23/40523_720x405.jpg

17:40 de.rt.com: **Joe Biden: USA verhängen Importverbot für russisches Öl**

Heute verkündete US-Präsident Joe Biden einen Importstopp für russisches Öl in die USA. Öl aus Russland deckt bisher ein Drittel des US-Bedarfs.

US-Präsident Joe Biden verkündete heute auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus, dass künftig auch die Einfuhr russischen Rohöls in die Vereinigten Staaten untersagt sei. Als Grund nannte er den russischen Einmarsch in die Ukraine. Öl aus Russland deckt bisher ein Drittel des US-Bedarfs.

Biden erklärte, das sei eine günstige Gelegenheit für einen Übergang zu erneuerbaren Energien, und fügte hinzu:

"Niemand braucht sich über den Preis an der Benzinpumpe in der Zukunft Sorgen zu machen. Tyrannen wie Putin werden nicht imstande sein, Öl als Waffe gegen andere Länder einzusetzen."

Die Ölkonzerne in den USA forderte er erneut auf, die Preise nicht unnötig zu erhöhen.

"Putins Krieg gegen die Ukraine treibt die Benzinpreise höher", so Biden. "Das ist keine Entschuldigung für übertriebene Preissteigerungen oder dafür, sich mit Profiten vollzustopfen oder irgend eine Art von Versuch, die Lage der amerikanischen Konsumenten auszunutzen."

"Wir unternehmen diesen Schritt, um Putin weiteren Schmerz zuzufügen."

Der demokratische Senator Chris Coons hatte bereits vor der Verkündung der neuen Sanktion in einem Interview mit CNN gesagt, die Amerikaner würden in den kommenden Wochen den "Preis der Freiheit" zahlen müssen. Dabei warnte er, der Ölpreis könne sich durchaus verdoppeln, der Benzinpreis verdreifachen.

"Wir müssen wahrnehmen dass das ein weltweit integrierter Markt ist. Es ist schwierig, die Produktion schnell zu erhöhen – das ist kein Anruf bei Amazon. Wir werden hier in den USA höhere Benzinpreise sehen, in Europa wird es dramatische Preissteigerungen geben. Das ist der Preis dafür, für die Freiheit auf und an der Seite des ukrainischen Volkes zu stehen. Da müssen wir die Kosten und die Vorteile sehen."

Das offizielle Verbot des Imports russischen Öls in die USA, das so publikumswirksam verkündet wurde, ist allerdings eine reine Formalität. Schließlich hatten die bereits verhängten Sanktionen schon dazu geführt, dass sich weltweit Reedereien, die Tanker vermieten, weigerten, russisches Öl zu transportieren, weil ihnen die Lage zu unsicher war. Eigene Tanker, die das Öl nach Nordamerika transportieren könnten, besitzen die USA nicht. Russische Tanker wiederum würden das Risiko nicht auf sich nehmen, weil sie beschlagnahmt werden könnten.

Nicht nur in Europa, auch in den USA haben schon die bisherigen Sanktionen zu völlig neuen Rekorden bei Benzin- und Gaspreisen geführt.

Bereits am Wochenende waren Unterhändler des Weißen Hauses nach Venezuela gereist, mit dem die USA derzeit keine diplomatischen Beziehungen unterhalten. Man wollte vorfühlen, ob Venezuela diese Importe ersetzen könnte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62278d3b48fbef025c43290b.jpg>

17:45 de.rt.com: **EU-Kommission: Europäer können Temperatur in ihren Wohnungen senken, um Russland zu begegnen**

Die Europäer können die Temperatur in ihren Wohnungen senken, um die EU gegenüber Russland widerstandsfähiger zu machen. Dies sagte der stellvertretende Leiter der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, am Dienstag auf einer Pressekonferenz in

Brüssel. Dort stellte er auch den Plan der Europäischen Kommission zur Abkehr von russischen Energieressourcen vor. Er erklärte:

"Wir müssen den Bürgern sagen: Ihre Entscheidungen darüber, wie und wie viel Energie Sie verbrauchen, bestimmen, wie stark wir auf Russland reagieren. Indem Sie die Temperatur in Ihrem Haus senken, können Sie wesentlich zur Senkung unseres Energieverbrauchs beitragen und uns so gegen Russland stärken. Dies ist kein Aufruf, sondern eine Information für unsere europäischen Verbraucher, aber ich denke, es ist eine sehr nützliche Information."

In dem Dokument wurde betont, dass durch eine Senkung der Temperatur um ein Grad Celsius in allen Wohnungen in der EU zehn Milliarden Kubikmeter Gas in allen Ländern der Europäischen Union eingespart werden könnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62278880b480cc4c5f1370e9.jpg>

abends:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 8.3.22

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Die Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet massive Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 12-mal das Feuer auf unser Territorium unter Einsatz von 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und verschiedenen Granatwerfern **eröffnet**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Vier Zivilisten wurden verletzt**. Es wurden 28 Wohnhäuser, fünf Infrastrukturobjekte und zwei Fahrzeuge beschädigt.

Die Materialien zu Verletzten und der Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der BFU hinzuzufügen.

Zur administrativen Grenze der Oblast Saporoshe vordringend haben die Soldaten der Donezker Volksrepublik die **Befreiung des Territoriums der Donezker Volksrepublik von ukrainischen Nationalisten fortgesetzt** und die **Kontrolle über Beresowoje und die Eisenbahnstation Satschatowka** hergestellt.

In Richtung Mariupol behindern ukrainische Nationalisten weiterhin die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus Mariupol. Die Einwohner müssen sich unter Deckung durch Höfe und Wohngebiet bewegen, wobei sie regelmäßig von Seiten der Kämpfer beschossen werden.

Bei den Telefonnummern der Notfalldienste hören die Anrufe mit Bitten um Hilfe beim Verlassen der Stadt nicht auf.

Im Zusammenhang damit dringen Soldaten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik ihr eigenes Leben riskierend in die Randgebiete der Stadt ein und evakuieren Bürger.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die **Verluste des Gegners** nach vorläufigen Angaben die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 57 Tote und 81 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 53 Tote und 74 Verletzte;

56. mechanisierte Brigade – 68 Tote und 94 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 112 Tote und 119 Verletzte;

53. mechanisierte Brigade – 211 Tote, darunter der Brigadekommandeur, und 199 Verletzte;

36. Marineinfanteriebrigade – 187 Tote und 192 Verletzte.

115 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der DVR übergegangen, von diesen befinden sich 12 in medizinischen Einrichtungen, sie erhalten qualifizierte Behandlung.

Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, Sie können immer noch ihr Leben retten, Ihr Kommando ist geflohen, die Reserven zerschlagen. Es wird keine Hilfe geben. Bei weiterem Widerstand sind Sie zum Tode verurteilt.

Wir wollen kein sinnloses Blutvergießen. Ihre einzige Chance zu überleben ist es, die Waffen niederzulegen und die Stadt über den humanitären Korridor die Stadt zu verlassen.

Wir garantieren Ihnen einen menschlichen Umgang und ärztliche Behandlung.

Am Ende der Operation werden Sie lebendig und gesund zu Ihren Familien nach Hause zurückkehren.

Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sein und in die Geschichte eingehen werden.

Hauptmann **Sergej Alexandrowitsch Maschkin**, geb. 16.07.1976, Kommandeur einer Aufklärungskompanie des 11. Panzergrenadierbataillons „Dunaj“.

Bei den Angriffskämpfen seit dem 24. Februar 2022 zur Befreiung der Donezker Oblast von den ukrainischen Nazis zeigte er hervorragendes Heldentum und Kühnheit, die zusammen mit seinem militärischen Können und der Fähigkeit, das ihm unterstellte Personal zu heldenhaften Taten zu begeistern den Erfolg der Handlungen des Regiments gewährleisteten.

Im Kampf um die Befreiung von Wolodarskoje geriet er bei der Aufklärung von Feuerpositionen des Gegners unter starkes Feuer von Artillerie, die sich in der Ortschaft befand unter zwischen Wohnhäusern stationiert war. Unter dem Feuer manövrierend leitete er sachkundig die Spähaktion, bald war die Batterie des Gegners entdeckt und wurde durch präzises Feuer vernichtet.

In der Ortschaft vernichtete er persönlich einen Panzer des Gegners und eine Mannschaft eines Antipanzergeschützes MT-12, wodurch er das Vordringen unserer Sturmgruppen absicherte. Verwundet setzt er unter Missachtung der Gefahr den Kampf fort, die Aufklärer unter dem Kommando Maschkins gewährleisteten die vollständige Befreiung der Ortschaft Wolodarskoje von den ukrainischen Nazisten und fügten ihnen großen Schaden an Personal und Technik zu.

Sergej starb an seinen Verletzungen, er leitete bis zum Schluss die Aktivitäten seiner Aufklärer und erfüllte den gestellten Auftrag.

Für Mut und Heldentum bei der Ausführung eines Kampfauftrags wurde Hauptmann Sergej Alexandrowitsch Maschkin postum mit einer hohen staatlichen Auszeichnung ausgezeichnet.

21:05 (19:05) novorosinform.org: **Podoljak warf der UN Verantwortungslosigkeit vor**
Der Berater des Leiters des Büros des Präsidenten der Ukraine, Michail Podoljak, kritisierte die UN und sagte, dass sich die Organisation "immer im Gebüsch versteckt".

Er schrieb darüber auf Twitter.

Seiner Meinung nach liege es an der Untätigkeit der UNO, dass einige Länder Kriege entfesseln.

„Einige Länder entfesseln Kriege, weil sich die UNO immer im Gebüsch versteckt. Die UNO ist ein externer Apparat und die Gehälter für Beamte sind unermesslich, aber es gibt keine Rechenschaftspflicht“, schrieb Podoljak.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij beklagt, dass die NATO sein Land nicht ausreichend unterstützte.

19:11 de.rt.com: **"Deutsche Solidarität mit Neonazis" – Sacharowa kritisiert Ausländerrekrutierung für Ukraine-Krieg**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa wies auf Verbindungen von deutschen Rechtsextremen zu ukrainischen militanten Neonazis hin. Aus ihrer Sicht nehmen die deutschen Behörden diese Tatsache bewusst in Kauf.

Mit dem Aufruf der Ukraine an ausländische Kampfwillige, die Ukraine im Kampf gegen die russische Invasion zu unterstützen, ist die deutsche rechtsextreme Szene in Bewegung geraten. Darauf weist die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa in einem Beitrag auf Telegram hin und zitiert angebliche Slogans der Rechtsextremisten aus den Rekrutierungs-Chats:

"Nationalisten stehen im Kampf in der Ukraine an vorderster Front"

Dies sei ein Beweis für deren höchste Aktivität in der Ukraine. Es seien Fälle bekannt, in denen Rechtsextremisten öffentlich erklärt hätten, sie wollten in der Ukraine "russische Neobolschewiken bekämpfen". Besonders aktiv ist die Neonazi-Gruppe "Der III. Weg". Dies geschieht mit Duldung der deutschen Behörden, kritisierte Sacharowa und verweist auf Berichte in der deutschen Presse, wie etwa in der Frankfurter Rundschau, die ihren Beitrag so überschrieb: "Neonazis wollen in die Ukraine reisen – um dort zu kämpfen".

So wird im Bericht der Thüringer Verfassungsschutzchef Stephan Kramer mit den Worten zitiert: "Es ist richtig, dass uns natürlich nicht entgangen ist, dass es Aufrufe zur Ausreise und zum Kampf in der Regel bisher auf ukrainischer Seite gibt". Oft werde in diesem Zusammenhang das ukrainische "Asow-Bataillon" genannt. Dieses habe schon früher intensive Kontakte mit der rechtsextremistischen Szene in Deutschland, aber auch in Europa und den USA gehabt. Man versuche jedoch, Ausreisen deutscher Rechtsextremer zu verhindern – das sei angesichts offener Grenzen aber schwierig. Außerdem lägen bisher bekannten Zahlen des Bundesministeriums zufolge die Versuche im "niedrigen einstelligen Bereich".

Diese Beteuerungen lassen jedoch die russische Diplomatin unbeeindruckt. Die Reaktion Berlins sei ihr zufolge "träge". Für sie zählt vor allem die Tatsache, dass nun die Kämpfer für den Ukraine-Krieg in Deutschland nun grundsätzlich rekrutiert werden dürfen. Sie lässt das deutsche Justizministerium zitieren: "Die Einreise in die Ukraine, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen oder sich dafür ausbilden zu lassen, ist nach deutschem Strafrecht nicht strafbar."

"Los, Genosse, an die Front! Erstaunliche deutsche Solidarität mit den Nazis in der Ukraine", kommentiert Sacharowa das.

In den letzten Tagen griffen viele deutsche Medien das Thema auf. "Es ist nicht verboten, als Deutscher in die Ukraine zu reisen, sich eine Kalaschnikow geben zu lassen und auf russische Soldaten zu schießen", schrieb etwa die FAZ. Der Zeitung seien die Fälle bekannt, dass die Deutschen mit Kampferfahrung bei Asow im Donbass-Krieg sich bereits in die Ukraine zum Kampf abgesetzt haben.

Der FAZ zufolge wirbt die Ukraine ganz offen um Fremdenlegionäre und postet heroische Werbevideos in sozialen Netzwerken, etwa mit Slogans wie "Eine heroische Nation wehrt sich gegen den russischen Terrorstaat". Die Protagonisten des Artikels, die sich in den Chats

für die Ausreise in die Ukraine zusammenzutun, sind aber keine Rechtsextremen, sondern viel eher Romantiker, um die Demokratie in der Ukraine und in ganz Europa zu verteidigen. So sagte ein Mann aus Sachsen am Telefon: "Das ist eine Sache der inneren Haltung. Manche Leute helfen, indem sie auf die Straße gehen und protestieren. Und es gibt halt Leute, denen geht das nicht weit genug, die müssen vor Ort sein."

Auch das ZDF berichtete und wies auf Versuche Russlands hin, den ukrainischen Widerstand als rechtsextrem darzustellen. Dem Rechtsextremismus-Forscher Matthias Quent zufolge gebe es gar keinen Grund, an der demokratischen Ausrichtung der Ukraine zu zweifeln:

"Die russische Propaganda einer rechtsextremen Ukraine ist haltlos. Aber der Ukraine ist vermutlich gerade relativ egal, wer da gegen ihre Besatzer kämpft."

Laut Quent könne aber für Deutschland zum Problem werden, wenn rechtsextreme Kämpfer aus diesem Krieg zurückkommen – "mit neuen Kontakten, Fähigkeiten und vielleicht auch Waffen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62279c1848fbef13a8641532.jpg>

19:56 de.rt.com: **Bericht: Hunderte von Dschihadisten aus Idlib treffen in der Ukraine ein**

Hunderte von islamistischen Terroristen aus Idlib sollen über die Türkei in die Ukraine verlegt worden sein. Laut Berichten kämpfen sie dort an der Seite der ukrainischen Armee gegen Russland.

Unter Berufung auf die russische Nachrichtenagentur Sputnik berichtet der syrische Staatssender SANA, dass Hunderte von Terroristen, die sich in Nordsyrien aufhielten, über die Türkei in die Ukraine verlegt worden seien. Dort sollen sie an der Seite der ukrainischen Streitkräfte gegen die russische Armee kämpfen.

Etwa 450 arabische und ausländische Terroristen aus Idlib sollen in der Ukraine eingetroffen sein, um an den dortigen Kämpfen teilzunehmen – weniger als drei Tage, nachdem sie Syrien verlassen und türkisches Territorium durchquert hatten. Das berichtet SANA.

Zuvor machten Gerüchte die Runde, dass sich einige islamistische Söldner aus Idlib bereit erklärt hätten, an der Seite des Westens gegen die russische Armee in der Ukraine zu kämpfen. Der stellvertretende syrische Außenminister Baschar al-Dschafari erklärte unlängst, dass der Westen darin kein Hindernis sehe, selbst den "Teufel" gegen Russland zu bewaffnen. Er schloss die Möglichkeit der Verlegung bewaffneter Terroristen, darunter auch Mitglieder des IS, in die Ukraine nicht aus. Denn auch in anderen Teilen der Welt würden sie eingesetzt, um den "Interessen der USA und des Westens zu dienen."

Die Beteiligung tschetschenischer Kämpfer am russischen Krieg gegen die Ukraine, unter der Führung des Oberhauptes der tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, hat inzwischen einen Streit unter den Islamisten in Nordwestsyrien ausgelöst. Die Dschihadisten in Idlib verurteilten ihrerseits Kadyrow und seine Soldaten dafür, dass sie an dem Ukraine-Krieg

teilnehmen. Als "ungläubige Abtrünnige" seien sie vom Glauben abgefallen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62278224b480cc4c5f1370e0.jpg>

20:20 de.rt.com: **Neue Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zur Lage im Donbass**

Generalmajor Igor Konaschenkow, der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, hat mitgeteilt, dass am 8. März Einheiten der russischen Streitkräfte die Kontrolle über zwei Siedlungen in der Ukraine übernommen haben. Er fügte hinzu, dass die russische Luftwaffe 32 militärische Einrichtungen in der Ukraine zerstört habe, darunter 23 Waffen- und Ausrüstungslager. Während der gesamten Militäroperation seien bislang 2.581 Einrichtungen der ukrainischen Militärinfrastruktur zerstört worden.

Die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik seien in Mariupol um fast einen Kilometer vorgerückt, so Konaschenkow weiter. Die Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk (LVR) teilte ihrerseits mit, dass am 8. März sieben bewohnte Gebiete befreit worden seien. Nach Angaben des LVR-Außenministeriums sei inzwischen fast das gesamte Gebiet der Republik freigekämpft.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6227abbf48fbef13a8641542.jpg>

22:35 (20:35) novorosinform.org: **Putin unterzeichnete ein Dekret, das den Import und Export bestimmter Produkte aus der Russischen Föderation verbietet**

Es wird dangingewiesen, dass die Regierung eine Liste bestimmter Arten von Produkten und Rohstoffen festlegen soll, die einem Import- und Exportverbot aus dem Land unterliegen. „Bis zum 31. Dezember 2022 werden die folgenden besonderen wirtschaftlichen Maßnahmen erlassen: ein Verbot der Ausfuhr außerhalb des Territoriums der Russischen Föderation und (oder) der Einfuhr in das Territorium der Russischen Föderation von Produkten und (oder)

Rohstoffen in Übereinstimmung mit den von der Regierung der Russischen Föderation festgelegten Listen“, heißt es in dem Dekret.

Das Dokument gilt nicht für Waren, die Bürger für den persönlichen Gebrauch übergeben.

Das Dekret wurde unterzeichnet, um die Sicherheit Russlands und das reibungslose Funktionieren des Industriesektors zu gewährleisten.

Es sei daran erinnert, dass US-Präsident Joe Biden heute ein Verbot von Energieimporten aus Russland eingeführt hat.



https://novorosinform.org/content/images/05/33/40533_720x405.jpg

20:42 de.rt.com: **Polen will doch MIG-29 an die Ukraine liefern**

Nach Medienberichten will Polen doch Kampfflugzeuge an die Ukraine liefern. Alle polnischen MIGs werden an die US-Truppen übergeben - allerdings nicht in den USA, sondern auf dem US-Stützpunkt Ramstein.

Die polnische Regierung erklärte, alle ihre vorhandenen MIG-29 an die USA zu übergeben, damit sie an die Ukraine geliefert werden. Im Gegenzug erhält Polen von den USA eine entsprechende Zahl amerikanischer F 16.

Die Lieferung dieser Flugzeuge war schon vor einigen Tagen im Gespräch gewesen, aber unter anderem deshalb nicht realisiert worden, weil Russland erklärt hatte, eine solche Lieferung werde als Beteiligung an den Kämpfen und damit als kriegerischer Akt gegen Russland gewertet.

Die polnischen Flugzeuge sollen aber nicht in den USA an die US-Luftwaffe übergeben werden, sondern auf ihrem deutschen Stützpunkt Ramstein.

Besonders pikant an diesem polnischen Tauschgeschäft ist, dass von den 28 polnischen MIG ganze 22 ursprünglich aus DDR-Beständen stammen, die 2003 zum Preis von einem Euro an Polen gegeben wurden. Damit wäre Deutschland noch einmal involviert, weil die Tatsache, dass von einer entsprechenden deutschen Genehmigung zur Weitergabe nicht die Rede ist, darauf hinweist, dass man 2003 vergessen hat, entsprechende Festlegungen zu treffen.

Noch Anfang des Monats hatte der polnische Präsident Andrzej Duda die von der Ukraine verkündete Lieferung dementiert. "Wir schicken keine Militärflugzeuge in die Ukraine, denn das würde eine militärische Einmischung in den Ukraine-Konflikt bedeuten," sagte er damals. "Die NATO ist nicht Teil des Konflikts."

Der Politikwissenschaftler Frank Sauer, der an der Universität der Bundeswehr in Neubiberg lehrt, erklärte damals in einem Interview: "Wenn Flugzeuge von NATO-Gebiet aus starten, um im Luftraum der Ukraine russische Flugzeuge zu bekämpfen, dann wäre das eine Kriegshandlung. Ob da am Ende ein ukrainischer Pilot drin sitzt - das wäre Russland wohl egal."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6227bbbb480cc4c5f137114.jpg>